

Stellungnahme zur Ausbauplanung an den Universitäten  
Bamberg, Bayreuth und Eichstätt

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	1
I. Einleitung	2
II. Universität Bamberg	5
1. Entwicklung der Hochschule	5
2. Zur weiteren Entwicklung	9
3. Übersicht über die noch nicht begonnenene Vorhaben	14
4. Stellungnahme zu den noch nicht begonnenen Vorhaben	15
III. Universität Bayreuth	22
1. Entwicklung der Hochschule	22
2. Zur weiteren Entwicklung der Geisteswissenschaften	26
a) Bestehendes Lehrangebot	26
b) Vorstellungen der Hochschule zum Ausbau der Geisteswissenschaften	27
c) Vorstellungen des Landes zum Ausbau der Geisteswissenschaften	28
d) Stellungnahme des Wissenschaftsrates	29
3. Übersicht über die noch nicht begonnenen Bauvorhaben	31
4. Stellungnahme zu den noch nicht begonnenen Bauvorhaben	31
IV. Katholische Universität Eichstätt	37
1. Zur bisherigen Entwicklung	37
2. Zur weiteren Entwicklung	40
3. Stellungnahme des Wissenschaftsrates	41

### Vorbemerkung

In den Empfehlungen zum 11./12. Rahmenplan für den Hochschulbau hat der Wissenschaftsrat zu einer Reihe von Investitionsmaßnahmen an den Universitäten Bamberg, Bayreuth und Eichstätt Stellungnahmen zurückgestellt. Der Ausbausschuß des Wissenschaftsrates hat am 22. und 23. Juli 1982 die Universitäten Bamberg und Bayreuth besucht und sich über den Stand des Ausbaus dieser beiden Neugründungen sowie über die dort geplanten Baumaßnahmen informiert. Am Nachmittag des 23. Juli hatten Vertreter der Katholischen Universität Eichstätt Gelegenheit, über die Entwicklung dieser Hochschule zu berichten und zu dem unter P-Vorbehalt stehenden Bauvorhaben Stellung zu nehmen.

Die vorliegende Stellungnahme berichtet über den Stand des Ausbaus dieser bayerischen Neugründungen und gibt Empfehlungen zu den in den nächsten Jahren beabsichtigten Investitionsmaßnahmen. Die Stellungnahme zu den insgesamt fünf in der Prüfkategorie eingeordneten Bauvorhaben ist Bestandteil der Nachempfehlungen zum 11. und 12. Rahmenplan. Die Stellungnahme wurde vom Ausschuß für Hochschulausbau vorbereitet und vom Wissenschaftsrat auf seiner Sitzung am 5. November 1982 verabschiedet.

## I. Einleitung

Die Universitäten Bamberg, Bayreuth und Eichstätt zählen zusammen mit den Universitäten Augsburg und Passau zu den fünf jüngeren Hochschulneugründungen des Landes Bayern. Die 1965 gegründete Universität Regensburg ist inzwischen - bis auf die Medizinische Fakultät - voll ausgebaut. Von den nach dem bayerischen Hochschulgesamtplan für die bayerischen Universitäten langfristig geplanten insgesamt 102.000 Studienplätzen entfallen 23.500 oder 23 % auf die genannten neuen Universitäten.

Der Ausbaustand aller bayerischen Hochschulen beträgt, gemessen an ihrem langfristigen Ausbauziel zur Zeit knapp 80 %. Die Vergleichszahl für das Bundesgebiet lautet rd. 86 %. Der Rückstand im Hochschulausbau ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gründung neuer Hochschulen, mit Ausnahme von Regensburg, zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt einsetzte. Im Jahre 1981 hatten die neuen Universitäten Bayerns (ohne Regensburg) mit 15.500 Studienplätzen ihr Ausbauziel erst zu 66 % erreicht. Der Ausbaustand der alten Universitäten (mit Regensburg) ist demgegenüber mit 92 % nahezu abgeschlossen.

In den letzten Jahren ist die Studentenzahl an den neuen Universitäten Bayerns als Folge des schrittweisen Ausbaus überproportional gewachsen. Im Wintersemester 1975/76 waren an den neuen Universitäten rd. 7.000 Studenten eingeschrieben. Diese Zahl hat sich bis zum Wintersemester 1981/82 auf über 14.000 verdoppelt. Innerhalb des letzten Jahres wiesen die neuen Universitäten einen Studentenzuwachs von 19,2 % auf, während die durchschnittliche Steigerungsrate aller Universitäten im gleichen Zeitraum nur 7,9 % betrug.

Bamberg, Bayreuth und Eichstätt sind Neugründungen, die teilweise durch die jeweils am Ort vorhandenen Vorgängereinstitutionen geprägt werden. Der Hochschulgesamtplan geht von diesen Gegebenheiten aus und setzt für den weiteren Ausbau quantitative und inhaltliche Ziele.

An allen bayerischen Universitätsneugründungen wird ein einheitliches Konzept für die Bibliotheksversorgung verfolgt. Danach gehören alle Buchbestände der jeweiligen Hochschule der Universitätsbibliothek. Der größte Teil der Bestände dieser Universitätsbibliothek wird aber dezentral in den Fachbereichen als sogenannte Fachbereichsbibliotheken aufgestellt. Die Fachbereichsbibliotheken sind in der Regel als Freihandbibliotheken mit direktem Zugang für Wissenschaftler und Studenten organisiert. Organisatorisch sind die Fachbereichsbibliotheken Bestandteile der Universitätsbibliothek. Auf der Ebene der Institute oder Lehrstühle gibt es keine eigenen Bibliotheken.

Die Zentralbibliothek als Kern der Universitätsbibliothek ist zuständig für Beschaffung, Katalogisierung, Pflege des Buchbestandes, Fernleihe sowie die Verwaltung der Bibliothek. Neben diesen Funktionen übernimmt die Zentralbibliothek die Magazinierung eines Teils der Bücher. Außerdem werden in der Zentralbibliothek diejenigen Buchbestände aufbewahrt und aufgestellt, die den bestehenden Fachbereichsbibliotheken nicht zugeordnet werden können.

An den drei Neugründungen in Bamberg, Bayreuth und Eichstätt fehlen zum jetzigen Zeitpunkt noch die Bauten für die Zentralbibliothek. Bisher bestehen Zwischenlösungen, die die bibliothekarische Versorgung der wachsenden Universitäten erschweren.

Der Wissenschaftsrat hat die Gründung neuer Hochschulen und ihre Zielsetzung unterstützt, in bisher mit Hochschulen unterversorgten Regionen Studienmöglichkeiten zu eröffnen, um damit auch die rasch wachsenden alten Hochschulen entlasten zu können. Bei der Planung der Neugründungen wurden häufig ehrgeizige Vorstellungen für die Größenordnung des Endausbaues verfolgt. Dies gilt auch für die bayerischen Neugründungen. Hier wurden aber bereits Mitte der 70er Jahre Korrekturen am Ausbauziel vorgenommen. Diese reduzierten Ausbauvorstellungen erscheinen im Lichte der bisherigen Erfahrungen mit der Annahme von Studienplätzen an den Neugründungen vernünftig.

Die finanziellen Probleme der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau waren im Jahre 1981 für den Wissenschaftsrat Anlaß für Überlegungen über die künftigen Investitionen in den Hochschulen und die Priorität der miteinander konkurrierenden Investitionsprojekte. In den "Empfehlungen zur weiteren Rahmenplanung" (verabschiedet im Juli 1981) wurde als eine Leitlinie formuliert, daß es bei knappen Investitionsmitteln, neben dem Erhalt der bestehenden Hochschulen als Träger von Forschung und Entwicklung durch ausreichende laufende Investitionen mittelfristig auch darum gehen muß, den Ausbau der Neugründungen abzuschließen. Mit Vorrang ist die Funktionsfähigkeit des bisher Erreichten sicherzustellen. Es kann aber nicht in jedem Fall darum gehen, die früher aufgestellten Pläne für einen Endausbau voll zu realisieren<sup>1)</sup>.

---

1) Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen 1981, S.31.

Bei der Stellungnahme für den weiteren Ausbau der Hochschulen in Bamberg, Bayreuth und Eichstätt ist daher insbesondere zu fragen

- welche Ausbauziele mittelfristig anzustreben sind und
- inwieweit die Investitionen unerlässlich und daher vordringlich sind, um den Bestand zu sichern und die Hochschulen lebensfähig zu machen.

## II. Universität Bamberg

### II.1. Entwicklung der Hochschule

Im Zuge der Errichtung der Gesamthochschule Bamberg wurden 1972 die damalige Pädagogische Hochschule Bamberg und die damalige Philosophisch-theologische Hochschule Bamberg integriert. Das Studienangebot wurde um einen Fachhochschulstudiengang Sozialpädagogik sowie um einen Diplomstudiengang Pädagogik erweitert. Nach Novellierung des einschränkenden Errichtungsgesetzes im Jahre 1977 wurde das Studienangebot durch Diplom- und Magisterstudiengänge in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ausgeweitet. 1979 wurde die Hochschule in Universität umbenannt.

Anfang der 70er Jahre gingen Wissenschaftsrat und Land von 4.000 Studienplätzen als Ziel für die erste Ausbaustufe aus. Eine zweite Ausbaustufe mit entsprechender Größenordnung sollte später folgen. Das Land begrenzte 1977 die Zielzahl im Hochschulgesamtplan aber auf 3.500 Studienplätze. Zur Zeit verfügt die Hochschule über einen Raumbestand von 2.400 flächenbezogenen Studienplätzen, weitere 400 Studienplätze sind in Bau.

Die Universität Bamberg hat 1982 einen Bestand von 291 Stellen für wissenschaftliches und 250 Stellen für nicht-wissenschaftliches Personal. Das Land geht von einem längerfristigen Stellenbedarf von insgesamt 675 Stellen aus. Als Nahziel wird eine Aufstockung um 50 Stellen angestrebt. Bei der Bemessung des längerfristigen Personalbedarfs der Hochschulen geht das Land von den Personalrichtwerten des Wissenschaftsrates aus. Den kleineren Neugründungen wird ein zusätzlicher "Regionalisierungszuschlag" zugebilligt, der zu einer besseren Personalausstattung führt, als dies nach den Personalrichtwerten der Fall wäre. Dieser Regionalisierungszuschlag sichert auch bei kleinen Betriebsgrößen, wie sie an den Neugründungen vorherrschen, eine fachliche Mindestausstattung der eingerichteten Lehr- und Forschungsgebiete. In Bamberg entfallen von dem langfristigen Stellenbedarf in Höhe von 675 Stellen 195 auf den Regionalisierungszuschlag.

Im Wintersemester 1981/82 waren an der Universität 3.148 Studenten immatrikuliert, davon waren 680 Studienanfänger (erstes Hochschulsemester). In den Gesamtzahlen enthalten sind 627 Studenten im Fachhochschulstudiengang Sozialwesen, der 144 Studienanfänger zählt. Die Entwicklung der Studenten- und Studienanfängerzahlen ist in den letzten Jahren zufriedenstellend verlaufen und lag in jüngster Zeit über dem Durchschnitt aller Hochschulen.

In Bamberg bestehen zur Zeit Studienmöglichkeiten in den Fakultäten

Katholische Theologie  
Pädagogik, Philosophie, Psychologie  
Sprach- und Literaturwissenschaften  
Geschichts- und Geowissenschaften (Geographie)  
Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

sowie im Fachbereich Sozialwesen, der einen Fachhochschulstudiengang anbietet. Als weitere Fakultät war 1979 die Mathematik vorgesehen worden. Hochschule und Land verfolgen diese Planung aber nicht länger.

Durch die Einrichtung von Studiengängen, die zum Diplom oder zum Magister führen, hat die Universität in den letzten Jahren Alternativen zu dem früher schwerpunktmäßig auf die Lehrerausbildung ausgerichteten Studienangebot entwickelt. Die Universität bemüht sich in jüngster Zeit um die Einrichtung einer Juristischen Fakultät. Entsprechende Pläne werden zur Zeit vom Land geprüft.

Die Hochschule wird im Endausbau etwa zu gleichen Teilen auf die Standorte Feldkirchenstraße (Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule) und Altstadt (eine Reihe in der Regel kleinerer Gebäude) verteilt sein. In der Altstadt entsteht das Universitätsquartier dezentral, aber auf engem Raum, um die Gebäude der ehemaligen Philosophisch-theologischen Hochschule herum in kulturhistorisch wertvollen Gebäuden. Hier sind die Fakultäten für Katholische Theologie, Sprach- und Literaturwissenschaften sowie Geschichts- und Geowissenschaften untergebracht. Unter Verzicht auf einen für den Standort Feldkirchenstraße geplanten Neubau soll ein zur Zeit noch als Krankenhaus genutztes Gebäude, das 1984 frei wird, für die Universität umgebaut werden. Dies würde die Verlagerung der Fakultät für Pädagogik, Philosophie und Psychologie in die Altstadt ermöglichen. Dann könnten die Lehramtsstudiengänge mit Ausnahme weniger spezieller Fachdidaktiken, wie Kunst, Musik und Sport, am Altstadtstandort konzentriert werden.

Von den zur Zeit der Hochschule zur Verfügung stehenden insgesamt knapp 17.000 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche (HNF) (ohne Abminderung wegen eingeschränkter Nutzungstauglichkeit eines



Teils der Räume) sind rd. 2.700 m<sup>2</sup> HNF angemietet, zum Teil mit Mitteln der "Gesellschaft der Freunde der Universität". Weitere 450 m<sup>2</sup> HNF können nur vorübergehend genutzt werden. Von den räumlichen Engpässen sind die später eingerichteten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die Psychologie besonders betroffen. Außerdem besteht ein gravierender Raumengpaß bei der Universitätsbibliothek. Der Vergleich von personellem Ausbau und räumlichem Ausbau zeigt, daß der räumliche Ausbau hinter dem personellen Ausbau zurückgeblieben ist. Vom Zielwert für das Personal (einschließlich Regionalisierungszuschlag) des Hochschulgesamtplans sind zur Zeit 84 % (Stellenbestand) erreicht, während der jetzige Bestand an flächenbezogenen Studienplätzen (ohne Zentrale Einrichtungen) das Ausbauziel erst zu 70 % erreicht. Bei Einbeziehung der Zentralen Einrichtungen beträgt das vom Land genehmigte Ausbauziel 26.000 m<sup>2</sup> HNF, hiervon sind (ohne Anmietungen) erst 55 % realisiert.

Für das auch in Bamberg verfolgte Bibliothekskonzept mit einer Universitätsbibliothek, deren Bestände dezentral in den Fachbereichen aufgestellt werden, fehlen bisher die Gebäude für die Zentralbibliothek und für die Fachbereichsbibliotheken Geschichts- und Geowissenschaften sowie Pädagogik, Philosophie, Psychologie. Ein gemeinsames Gebäude für die Zentralbibliothek und die Fachbereichsbibliotheken Pädagogik, Philosophie, Psychologie sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ist aber bereits in den 11./12. Rahmenplan aufgenommen worden. Mit dem Bau soll in Kürze begonnen werden. Ein Bauvorhaben für die Fachbereichsbibliothek Geschichts- und Geowissenschaften hat zur Zeit noch einen Prüfvorbehalt.

Zwischen der Universitätsbibliothek Bamberg und der Staatsbibliothek Bamberg besteht eine Kooperationsvereinbarung. Die Studenten und Wissenschaftler der Universität Bamberg

haben in der Staatsbibliothek Ausleihmöglichkeiten. Eine lose Zusammenarbeit besteht außerdem mit der Bibliothek der Diözese Bamberg.

## II.2. Zur weiteren Entwicklung

Der bayerische Hochschulgesamtplan beschränkt das Fächerspektrum der Universität Bamberg auf die Geisteswissenschaften. Diese Vorgabe bestimmt die weitere Entwicklung des Fächer- und Studiengangsangebots. Gegenwärtig studieren rd. zwei Drittel der Studenten in einem Studiengang, der auf pädagogische Berufe ausgerichtet ist. Im einzelnen studierten im Wintersemester 1981/82 von den Studenten

- 27 % in einem Lehramtsstudiengang,
- 22 % im Studiengang Diplom-Pädagogik und
- 21 % im Studiengang Sozialwesen (Fachhochschulstudiengang).

Für diese Studiengänge besteht zur Zeit noch eine hohe Nachfrage bei den Studienanfängern. Für Sozialwesen und Pädagogik bestehen sogar Zulassungsbeschränkungen. Ein Teil der Studienanfänger im Studiengang Pädagogik hat Bamberg nicht als Studienort erster Wahl angegeben und erhielt wegen der Überfüllung der favorisierten Hochschulen von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Bamberg einen Studienplatz zugewiesen.

Die Hochschule betrachtet den hohen Anteil der auf pädagogische Berufe ausgerichteten Studiengänge mit Sorge. Sie befürchtet, daß sich die bereits jetzt unbefriedigende Arbeitsmarktlage in diesen Berufen weiter verschlechtert. Dies könne dazu führen, daß künftig das Interesse der Studenten an den pädagogischen Studiengängen zurückgeht. Da die Hochschule nur wenige Alternativen zu den als problematisch eingeschätzten Studiengängen anbieten kann, fürchtet sie um ihren weiteren Ausbau und längerfri-

stig um ihren Bestand. Diese Sorgen sind Anlaß für die aktuellen Bemühungen der Hochschule um die Einrichtung einer Juristischen Fakultät.

Eine Juristische Fakultät in Bamberg ist in der Hochschulentwicklungsplanung des Landes nicht vorgesehen. Vielmehr war nach Änderung des Errichtungsgesetzes für die Universität Bamberg im Jahre 1977 beabsichtigt, in Bamberg eine Fakultät für Mathematik einzurichten. Von diesem Plan haben Hochschule und Land angesichts der an anderen bayerischen Universitäten vorhandenen und nicht überall ausgenutzten Studienmöglichkeiten für Mathematiker wieder Abstand genommen.

Für die Errichtung einer Juristischen Fakultät lassen sich mehrere Gründe anführen. Die Universität verweist darauf, daß der Studiengang Rechtswissenschaften innerhalb der Geisteswissenschaften der einzige größere in Bamberg nicht vertretene Studiengang ist. Dieser Studiengang bietet eine auf dem Arbeitsmarkt etablierte berufsqualifizierende Ausbildung und ist damit auch für die Studienanfänger als eine Alternative zu den in pädagogische Berufe führenden Studiengängen anzusehen. Der Studiengang Rechtswissenschaften, in dem die Studienplätze seit mehreren Jahren über das besondere Verteilungsverfahren (Ortsverteilung) der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen vergeben werden, könnte nach den Vorstellungen der Hochschule im Endausbau um 700 bis 800 Studienplätze erhalten. Die Juristische Fakultät würde damit zu einem gemessen an der Studentenzahl großen Studiengang. Die Universität erhofft sich von einer Fakultät dieser Größenordnung stabilisierende Auswirkungen auch auf die vorhandenen Studiengänge und damit einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Lebensfähigkeit der Hochschule.

Andererseits können jedoch die Gesichtspunkte nicht übersehen werden, die gegen eine Juristische Fakultät in Bamberg sprechen. Hier ist darauf zu verweisen, daß das Land Bayern nach dem Aufbau neuer Juristischer Fakultäten in Regensburg, Augsburg, Bayreuth und Passau überproportionale viele Studienplätze in den Rechtswissenschaften anbietet. Ein beträchtlicher Anteil unter den Studienanfängern im Studiengang Rechtswissenschaften hat nur als Folge der Ortsverteilung durch die ZVS mit dem Studium an einer bayerischen Hochschule begonnen. Zwei Zahlen machen den überproportionalen Anteil des Studiengangs Jura in Bayern deutlich: Bayern hat rd. 22 % aller juristischen Studienplätze in der Bundesrepublik Deutschland, aber nur rund 14 % aller juristischen Studienanfänger geben eine bayerische Hochschule als gewünschten Studienort an. Die Errichtung einer Juristischen Fakultät in Bamberg würde dieses Ungleichgewicht noch vergrößern. Aus diesem Grunde ist auch nicht mit Sicherheit von einer Auslastung der Kapazitäten auszugehen, wenn als Folge rückläufiger Jahrgangsstärken der Studienberechtigten Anfang der 90er Jahre die Bewerberzahlen im Studiengang Jura zurückgehen und auf das Ortsverteilungsverfahren verzichtet werden kann.

Auch der Beitrag zur Entschärfung der Zulassungssituation im Fach Jura, der von der Errichtung einer Juristischen Fakultät in Bamberg ausgehen könnte, darf nicht überschätzt werden. Unter realistischen Annahmen benötigt der Aufbau der Fakultät mehrere Jahre, selbst wenn Personal und Studenten übergangsweise in vorhandenen Gebäuden oder Anmietungen untergebracht werden könnten. Mit der Höchstzahl an Studienberechtigten ist aber schon 1985 bis 1987 zu rechnen, danach sinkt die Zahl wieder.

Außerdem ist zu beachten, daß unter den gegebenen finanziellen Bedingungen eine Ausweitung des Personalbestands in der Hochschule erschwert und kaum in einem größeren, für den Neuaufbau einer Fakultät erforderlichen Umfang zu erwarten ist. Das heißt, der Aufbau einer Juristischen Fakultät in Bamberg ginge teilweise zu Lasten der bereits eingerichteten Fächer. In jedem Fall müßten in diesen zum Teil noch im Aufbau befindlichen Fächern bislang von der Hochschule verlangte Abrundungen und Ausdifferenzierungen in den Lehr- und Forschungsgebieten zurückgestellt werden.

Nach Abwägung des Für und Wider empfiehlt der Wissenschaftsrat von den Plänen für den Aufbau einer Juristischen Fakultät in Bamberg Abstand zu nehmen. Die im begrenzten Umfang vom Land noch beabsichtigte Ausweitung des Stellenbestandes sollte in erster Linie für eine Abrundung und Ausdifferenzierung vorhandener Fachgebiete eingesetzt werden. Die Hochschule sollte in ausgewählten Fachgebieten bewußt Schwerpunkte setzen und diese Planung mit Vorrang weiter verfolgen. Im für die 90er Jahre absehbaren stärkeren Wettbewerb der Hochschulen um Studenten und Finanzen wird es in erster Linie auf die Initiativen und Leistungen der Hochschulen selber ankommen. Von einer bloßen Addition einer neuen Fakultät können nur begrenzte Auswirkungen auf Lehre und Forschung in anderen Fächern ausgehen. Der Beitrag einer Juristischen Fakultät zur Lebensfähigkeit der anderen Fächer in Bamberg darf daher nicht überschätzt werden. Der Wissenschaftsrat unterstützt in diesem Zusammenhang die Pläne für den Aufbau eines Schwerpunktes gegenwartsbezogener Orientalistik in Bamberg. Die jetzt geplante Turkologie sollte nur ein erster Schritt sein. Als weitere Schwerpunkte oder Ergänzungen erscheinen die von der Hochschule geplanten wirtschafts- und steuerrechtlichen Ergänzungen in den

Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ebenso wie eine Ausweitung von Statistik und Datenverarbeitung für die empirisch arbeitenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaften denkbar. Auch ist zu prüfen, inwieweit die Hochschule auf dem Gebiet der Kunst- und Architekturgeschichte sowie der Denkmalpflege und Stadtsanierung ihre Lehr- und Forschungstätigkeit ausweiten kann. Die Stadt Bamberg bietet sich als Standort für einen derartigen Schwerpunkt an.

Beim Aufbau solcher Schwerpunkte sollten die erwarteten Studentenzahlen nicht der alleinige Maßstab sein. Auch sollte nicht sofort an die Einrichtung bisher nicht vorhandener vollständiger Studiengänge gedacht werden. Im speziellen Fall der Turkologie würde es der Wissenschaftsrat aber begrüßen, wenn das Land den Lehramtsstudiengang "Deutsch als Zweitsprache" in Bamberg ansiedeln würde. Der Wissenschaftsrat bittet das Land, die derzeitigen diesbezüglichen Pläne zu überprüfen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Land, die Schwerpunktsetzung in einzelnen Fachgebieten durch eine Abstimmung mit den Plänen anderer bayerischer Hochschulen zu unterstützen. Der Aufbau eines neuen Schwerpunktes an einer Neugründung würde dann erschwert, wenn an anderen Hochschulen zur gleichen Zeit vergleichbare Aktivitäten vorgenommen werden. Das gilt unter anderem für die Orientwissenschaften in Erlangen aber auch für die Pläne zur Erweiterung der Geisteswissenschaften in Bayreuth.

Die Ausbildung von Lehrern aller Schulstufen hat für die Universität Bamberg große Bedeutung. Die Hochschule hat hier einen wesentlichen Schwerpunkt. Er wäre gefährdet, wenn der aufgrund der voraussehbaren Entwicklung auf

dem Arbeitsmarkt der Lehrer in einem gewissen Umfang als unvermeidlich anzusehende Abbau von Studienplätzen für Lehramtsstudenten an allen Hochschulen im gleichen Umfang durchgeführt würde. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Land für den Fall, daß eine Kürzung der Kapazitäten in den Lehramtsstudiengängen vorgenommen werden soll, die Kapazitäten an den großen Universitäten überproportional zu reduzieren, hingegen an kleinen Hochschulen wie Bamberg die Kapazitäten weitgehend unverändert zu lassen. Bei solchen Kürzungen sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden, an einigen Hochschulen bestimmte, wenig nachgefragte Fächerkombinationen aufzugeben und auch das Studium einzelner Lehrämter (z.B. für Grundschulen oder für Hauptschulen) einzustellen. Ein derartiges Vorgehen bei der Kürzung von Kapazitäten in den Lehramtsstudiengängen würde zu einer Stabilisierung der kleinen Hochschulen wie Bamberg oder Eichstätt führen, die aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte einen Schwerpunkt in der Ausbildung von Lehrern haben und auch künftig behalten sollten.

### II.3. Übersicht über noch nicht begonnene Vorhaben in Bamberg<sup>1)</sup>

Folgende Bauvorhaben sind noch nicht begonnen:

- a) Nr. 4102, Zentral- und Fachbereichsbibliothek Feldkirchenstraße (12,8 Mio DM, Baubeginn 1982). Das Vorhaben ist in Kategorie I.
- b) Nr. 2109, Umbau für Fachbereichsbibliothek, "Am Kranen" (7,4 Mio DM, Baubeginn 1982). Das Vorhaben ist in Kategorie P.

---

1) Die in den Rahmenplan empfohlenen Umbauten für ein Rechenzentrum (1,5 Mio DM) sind in der folgenden Aufstellung nicht enthalten.

- c) Nr. 4106, Umbau der ehemaligen Frauenklinik für Fakultät Pädagogik, Philosophie, Psychologie. Ursprünglich war ein Neubau in der Feldkirchenstraße (15,3 Mio DM) vorgesehen. Jetzt ist geplant, die Gebäude der Frauenklinik in der Altstadt für diese Fakultät umzubauen (Schätzkosten 11 Mio DM). Das Vorhaben ist in Kategorie P.
- d) Nr. 2105, Hochschulsportanlagen (3,2 Mio DM). Das Vorhaben ist in Kategorie II.
- e) Nr. 4104, Bauten Gelände Kaiser-Heinrich-Gymnasium, zweiter Bauabschnitt (22,1 Mio DM). Das Vorhaben ist in Kategorie III.
- f) Nr. 2111, Umbau Kapuzinerstraße 20-22 für die Verwaltung (3,1 Mio DM). Das Vorhaben ist in Kategorie III.

#### II.4. Stellungnahme zu den noch nicht begonnenen Vorhaben

##### a) Zentral- und Fachbereichsbibliothek

Das dezentrale Bibliothekssystem der Universitätsbibliothek arbeitet auf der Basis eines Verbundes zwischen angegliederten Fachbereichsbibliotheken mit einer Zentralbibliothek, die einen verwaltungsmäßigen und informationstechnischen Zusammenhang zwischen den Teilbibliotheken herstellt. Der Neubau auf dem Gelände der Feldkirchenstraße umfaßt neben der Zentralbibliothek noch eine angegliederte Fachbereichsbibliothek.

Ursprünglich war vorgesehen, in dem Neubau in der Feldkirchenstraße die Fachbereichsbibliotheken für die Fakultäten Pädagogik, Philosophie, Psychologie (PPP) sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften unterzubringen. Das geplante Vorhaben Frauenklinik führt aber zur Veränderung hinsicht-



lich des Standorts der Fachbereichsbibliothek PPP. Die Hochschule geht jetzt davon aus, daß die Fachbereichsbibliothek zusammen mit der Fakultät in die Frauenklinik einzieht. Die im Bibliotheksneubau Feldkirchenstraße dadurch freiwerdenden Räume mit einer Größenordnung von rd. 850 m<sup>2</sup> sollen stattdessen als Magazinflächen genutzt werden.

Die Universität hat in ihrem Bauantrag für das Vorhaben Frauenklinik 850 m<sup>2</sup> HNF für die Fachbereichsbibliothek PPP angemeldet. Es ist zur Zeit noch nicht sicher, ob diese Fachbereichsbibliothek dort in vollem Umfang einrichtet werden kann. Gegebenenfalls müßte ein Teil der Bestände in der Zentralbibliothek magaziniert bleiben.

Derzeit ist die Teilbibliothek 2/3 für die Fakultät PPP sowie die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und den Fachbereich Sozialwesen im Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule in der Feldkirchenstraße untergebracht. Mit dem sukzessiven Aufbau der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften reichen die vorhandenen Bibliotheksräume nicht aus. Erweiterungen sind im vorhandenen Gebäude nicht sinnvoll.

Das Vorhaben Zentral- und Fachbereichsbibliothek wurde in Kategorie I des 11./12. Rahmenplans aufgenommen. Es befindet sich in der Landesliste der sofort zu realisierenden Vorhaben. Der Wissenschaftsrat hält an seiner Empfehlung, dieses Vorhaben in Kategorie I aufzunehmen auch nach der Modifikation bezüglich der Fachbereichsbibliothek PPP fest.

b) Umbau für Fachbereichsbibliothek, "Am Kranen"

Mit dem Umbau des historischen Gebäudes "Am Kranen 1" wird der Fachbereichsbibliothek Geschichts- und Geowissenschaften

ten ein eigenes Gebäude zur Verfügung stehen. Der vorgesehene Standort liegt nahe zu den übrigen Räumen des Fachbereichs und ist daher gut geeignet. Vorläufig ist diese Bibliothek noch zusammen mit der Fachbereichsbibliothek Sprach- und Literaturwissenschaften untergebracht. Geplant sind 400 m<sup>2</sup> Funktions- und Institutsräume und 1.100 m<sup>2</sup> Räume für die Bibliothek. Der Zugewinn an flächenbezogenen Studienplätzen durch diese Maßnahme beträgt rd. 100 Plätze. Mit diesem Bauvorhaben und den Flächen im nahen "Hochzeithaus" wird das Ausbauziel für diese Fakultät in Höhe von 340 Studienplätzen erreicht.

Die zur Zeit von der Fakultät Geschichts- und Geowissenschaften beanspruchten Flächen sollen für die Fachbereichsbibliothek Sprach- und Literaturwissenschaften freigemacht werden. Auch nach Auszug der Fachbereichsbibliothek Geschichts- und Geowissenschaften aus dem bisher gemeinsam genutzten Gebäude besteht für die Fachbereichsbibliothek Sprach- und Literaturwissenschaften gegenüber dem vom Land gebilligten Flächenbedarf noch ein Defizit.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, den P-Vorbehalt aufzuheben und das Vorhaben in den Rahmenplan aufzunehmen (Kategorie I). Es handelt sich hierbei um eine für die Arbeit der Hochschule notwendige Infrastrukturinvestition, die die Arbeitsfähigkeit des Fachbereichs Geschichts- und Geowissenschaften sichert.

c) Umbau der ehemaligen Frauenklinik für die Fakultät PPP

Für die Fakultät PPP war früher ein Neubau auf dem Gelände der Feldkirchenstraße vorgesehen (3.000 m<sup>2</sup> HNF, 660 Studienplätze, 15,3 Mio DM Kosten). Neue Planungen sehen jetzt vor, das zur Zeit noch als Klinik genutzte landeseigene

Gebäude "Frauenklinik" für die Universität umzubauen. Eine erste vorläufige Kostenschätzung hierfür beläuft sich auf rd. 11 Millionen DM. Die Prüfung der Raumbestände, der Nutzungsmöglichkeiten und der Umbaukosten ist zur Zeit noch nicht abgeschlossen. Es ist davon auszugehen, daß nach den Umbauten in diesem Gebäude rd. 3.000 m<sup>2</sup> (maximal 3.800 m<sup>2</sup>) HNF zur Verfügung stehen werden.

Der Wissenschaftsrat unterstützt das Vorhaben Frauenklinik. Die Umbauten lassen sich in kurzer Zeit durchführen. Die Räume können damit der Hochschule eher zur Verfügung gestellt werden, als dies bei einem Neubau der Fall wäre. Außerdem wird der Umbau weniger kosten als der Neubau. Hinzukommt, daß die Frauenklinik nahe zu den anderen Hochschulgebäuden in der Altstadt liegt und damit eine weitgehende Konzentration der Lehramtsstudiengänge in der Altstadt ermöglicht wird. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, 150.000 DM für die Durchführung der Umbauplanung in den 11./12. Rahmenplan aufzunehmen (Kategorie I). Das Bauvorhaben selbst bleibt bis zur Vorlage prüffähiger Unterlagen in der Kategorie P.

Die Realisierung des Vorhabens Frauenklinik hat folgende Konsequenzen für die Flächenbilanz der Hochschule:

1. Zugewinn von rd. 3.000 m<sup>2</sup> HNF in der Frauenklinik
2. Aufgabe von Mietflächen der Psychologen in Höhe von 780 m<sup>2</sup>
3. Aufgabe von Mietflächen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in Höhe von 950 m<sup>2</sup>

Die Flächenbilanz (nur kapazitätswirksame Flächen, d.h. ohne Zentralbibliothek, Mensa, Verwaltung etc.) der

Universität Bamberg wird sich nach Realisierung der drei Vorhaben Zentralbibliothek, Fachbereichsbibliothek "Am Kranen" und Frauenklinik wie folgt verändern:

Ist-Bestand (ohne Anmietung)	9.686 m <sup>2</sup> HNF <sup>1)</sup>
Nach Fertigstellung des laufenden Vorhabens Burgershof (Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaften)	+ 800 m <sup>2</sup> HNF
Neubau Zentral- und FB-Bibliothek Feldkirchenstraße (nur kapazitätswirksame Flächen der FB-Bibliothek)	+ 1.950 m <sup>2</sup> HNF
Umbau "Am Kranen" FB-Bibliothek (nur kapazitätswirksame Flächen)	+ 740 m <sup>2</sup> HNF
Ehemalige Frauenklinik	+ <u>3.000 m<sup>2</sup> HNF</u> (geschätzt)
Bestand nach Realisierung der Vorhaben insgesamt	16.176 m <sup>2</sup> HNF

Mit diesen 16.176 m<sup>2</sup> HNF erreicht die Hochschule den vom Land akzeptierten Raumbedarf (nur kapazitätswirksame Flächen) von 17.409 m<sup>2</sup> HNF zu 93 %.

Der nach Realisierung des Vorhabens Frauenklinik und nach Aufgabe der bestehenden Anmietungen entstehende Flächenzuwachs von rd. 1.200 m<sup>2</sup> kapazitätswirksamer Hauptnutzfläche

---

1) Mit dem Bau der Zentralbibliothek gehen rd. 300 m<sup>2</sup> Fläche verloren. Außerdem sollen 700 m<sup>2</sup> bisher kapazitätswirksamer Flächen für Rechner, Medienzentrums und andere zentrale Dienste umgewidmet werden. Diese Flächen sind in dieser Bilanz nicht enthalten.

soll genutzt werden, um die zur Zeit noch nicht besetzten Personalstellen unterbringen zu können, das Raumangebot für die bislang übergangsweise unzulänglich untergebrachten Fächer der Fakultäten PPP und insbesondere der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu verbessern und um den infolge des sukzessiven Aufbaus der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften steigenden Bedarf an Lehr- und Unterrichtsräumen decken zu können.

Nach Fertigstellung der Vorhaben Zentralbibliothek, Fachbereichsbibliothek "Am Kranen" und Frauenklinik wird die Hochschule über rd. 3.200 flächenbezogene Studienplätze verfügen. Der Wissenschaftsrat hält diesen Ausbaustand für eine Größenordnung, die die Lebensfähigkeit der Hochschule sichern kann. Die nach Realisierung der genannten Vorhaben vorhandene Raumkapazität sollte ausreichen, um den aus dem sukzessiven Aufbau der Studiengänge und die geplanten Erweiterungen des Personalbestandes entstehenden Raumbedarf abzudecken. Der Wissenschaftsrat hält daher weitere kapazitätserweiternde Bauvorhaben in Bamberg nicht für erforderlich. Dies schließt nicht aus, daß in begründeten Einzelfällen noch kleinere Um- oder Erweiterungsbauten empfohlen werden können.

#### d) Investitionen für die Hochschulsportanlagen

Die Hochschule verfügt über die Sportanlagen der früheren Pädagogischen Hochschule an der Feldkirchenstraße (Freiflächen wie Kleinsportfeld und Fußballfeld sowie eine Turnhalle). In Bamberg werden im Rahmen des Lehramts für Grund- und Hauptschulen Lehrer mit dem Wahlpflichtfach Sport ausgebildet. Im Wintersemester 1980/81 hatten 129 Studenten Sport belegt.

Im Vergleich mit den vorgenannten Vorhaben haben diese Investitionen keine Priorität. Das Vorhaben befindet sich in Kategorie II.

e) Zweiter Bauabschnitt Burgershof

Der zweite Bauabschnitt der Bauten auf dem Gelände Kaiser-Heinrich-Gymnasium (Burgershof) in der Altstadt hat eine Kapazität von 500 Studienplätzen, die für die Sprach- und Literaturwissenschaften vorgesehen sind. Zur Zeit wird als Teilmaßnahme des zweiten Bauabschnitts die Herrichtung der Altbauten für Institutszwecke durchgeführt (Dringlichkeitsprogramm). Die weiteren Teilmaßnahmen, u.a. die Fachbereichsbibliothek und ein von der Stadt gefordertes Parkhaus haben nachrangige Priorität für die Hochschule. Sie befinden sich in Kategorie III. Über die Aufnahme weiterer Teilabschnitt dieser Anmeldung in den Rahmenplan wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein. Aus heutiger Sicht erscheinen die mit diesen Abschnitten angestrebten Kapazitätsausweitungen nicht erforderlich.

f) Umbauten für die Verwaltung in der Kapuzinerstraße  
(Altstadt)

Über die Aufnahme in den Rahmenplan wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein. Das Vorhaben befindet sich in Kategorie III.

### III. Universität Bayreuth

#### III.1. Entwicklung der Hochschule

Die Universität Bayreuth wurde im Jahre 1972 als siebte bayerische Landesuniversität errichtet. Die in Bayreuth seit 1813 ansässige Pädagogische Hochschule wurde in die Universität übernommen, der Lehrbetrieb in den Studiengängen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen wurde von der Universität weitergeführt. Zum Wintersemester 1975/76 wurde der Lehr- und Forschungsbetrieb zunächst schwerpunktmäßig in den Naturwissenschaften aufgenommen und in den Folgejahren um Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie um Teilbereiche der Geisteswissenschaften ergänzt.

Die Universität Bayreuth gliedert sich in fünf Fakultäten:

- Fakultät für Mathematik und Physik
- Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften
- Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
- Sprach- und literaturwissenschaftliche Fakultät
- Kulturwissenschaftliche Fakultät.

Das Land plant für die Universität Bayreuth einen Ausbau auf einen Endbestand von 5.000 flächenbezogenen Studienplätzen. Der zur Zeit vorhandene Raumbestand entspricht rd. 3.300 Studienplätzen. Nach Fertigstellung der in Bau befindlichen Vorhaben wird sich der Bestand an flächenbezogenen Studienplätzen auf 3.650 erhöhen.

Die Universität ist als Campushochschule an der Stadtgrenze von Bayreuth errichtet worden. Außerhalb dieses Universitätsgeländes befinden sich zur Zeit die Sprach- und Kul-

turwissenschaften in den Gebäuden der ehemaligen Pädagogischen Hochschule und in einer Anmietung sowie die Verwaltung und das Studentenwerk, für die im Stadttinnern für eine Übergangszeit Gebäude angemietet wurden. Es ist vorgesehen, im Endausbau alle Hochschuleinrichtungen auf dem Neubaugelände zu konzentrieren.

Die Universität Bayreuth hat zur Zeit einen Bestand von 862 Personalstellen, davon rd. 400 Stellen für wissenschaftliches Personal. Mehr als die Hälfte der Wissenschaftler arbeitet in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften. Das Land geht für Bayreuth von einem Endausbau des Personalbestands auf 1.190 Stellen aus. Hierin enthalten sind 180 Stellen, die auf den bei allen kleineren bayerischen Neugründungen in Ansatz gebrachten Regionalisierungszuschlag zurückgehen. Der Vergleich von gegenwärtigem Bestand und Zielvorstellungen ergibt eine Differenz von 328 Stellen. Das Land sieht als Nahziel die Erweiterung des Stellenbestandes um 185 Stellen vor.

In Bayreuth waren im Wintersemester 1981/82 2.509 Studenten immatrikuliert. In den letzten Jahren hat sich die Studentenzahl ebenso wie die Studienanfängerzahl kontinuierlich erhöht. 1978 begannen in Bayreuth erst 432 Studienanfänger, 1980/81 waren es bereits 661 und im Wintersemester 1981/82 hat sich die Zahl auf 708 (erstes Hochschulsemester) erhöht. Diese Entwicklung läßt für die nächsten Jahre eine kontinuierliche Erhöhung der Studentenzahl erwarten, wenn die stärker besetzten Anfängerjahrgänge in die höheren Semester kommen.

Der Anteil von Studenten in den Lehramtsstudiengängen ist in den letzten Jahren in Bayreuth zurückgegangen, 1978/79 betrug er noch rd. 50 %, im Wintersemester 1981/82 belief er sich auf nur noch 28 %. Die Studentenzahlen in den Fächer-



gruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit jeweils rd. 1.000 Studenten (Wintersemester 1981/82) zeigen, daß der Aufbau dieser Fachrichtungen vergleichsweise weit fortgeschritten ist. Von den 1.000 Studenten in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften studierten 360 mit dem Ziel eines Lehramtsabschlusses.

Die Sprach- und Kulturwissenschaften befinden sich hingegen erst am Beginn ihres Aufbaues. Im Wintersemester 1981/82 waren in den Studiengängen dieser Fächergruppe nur 287 Studenten immatrikuliert, davon studierten 153 mit dem Ziel eines Lehramtsabschlusses.

Die Belegungsquote, definiert als Verhältnis von Studentenzahlen zu flächenbezogenen Studienplätzen, betrug für die Universität Bayreuth im Wintersemester 1981/82 72 %. Nur in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften wurde eine Belegungsquote von rd. 100 % erreicht. Die übliche Definition der Belegungsquote wird aber der spezifischen Situation einer im Aufbau befindlichen Neugründung nicht gerecht. Es ist vielmehr sinnvoller, von Studienanfängerzahlen auszugehen und diese Zahl mit einer mittleren Verweildauer hochzurechnen. Die Studienanfängerzahl des Jahres 1981 betrug 708. Mit einer mittleren Verweilzeit von 5,75 Jahren hochgerechnet ergibt sich ein Studentenbestand von rd. 4.000 Studenten. Unter Anwendung dieses Bestandes errechnet sich eine Belegungsquote von rd. 110 % (bezogen auf Flächenbestand nach Fertigstellung der laufenden Vorhaben).

turwissenschaften in den Gebäuden der ehemaligen Pädagogischen Hochschule und in einer Anmietung sowie die Verwaltung und das Studentenwerk, für die im Stadttinnern für eine Übergangszeit Gebäude angemietet wurden. Es ist vorgesehen, im Endausbau alle Hochschuleinrichtungen auf dem Neubaugebäude zu konzentrieren.

Die Universität Bayreuth hat zur Zeit einen Bestand von 862 Personalstellen, davon rd. 400 Stellen für wissenschaftliches Personal. Mehr als die Hälfte der Wissenschaftler arbeitet in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften. Das Land geht für Bayreuth von einem Endausbau des Personalbestands auf 1.190 Stellen aus. Hierin enthalten sind 180 Stellen, die auf den bei allen kleineren bayerischen Neugründungen in Ansatz gebrachten Regionalisierungszuschlag zurückgehen. Der Vergleich von gegenwärtigem Bestand und Zielvorstellungen ergibt eine Differenz von 328 Stellen. Das Land sieht als Nahziel die Erweiterung des Stellenbestandes um 185 Stellen vor.

In Bayreuth waren im Wintersemester 1981/82 2.509 Studenten immatrikuliert. In den letzten Jahren hat sich die Studentenzahl ebenso wie die Studienanfängerzahl kontinuierlich erhöht. 1978 begannen in Bayreuth erst 432 Studienanfänger, 1980/81 waren es bereits 661 und im Wintersemester 1981/82 hat sich die Zahl auf 708 (erstes Hochschulsemester) erhöht. Diese Entwicklung läßt für die nächsten Jahre eine kontinuierliche Erhöhung der Studentenzahl erwarten, wenn die stärker besetzten Anfängerjahrgänge in die höheren Semester kommen.

Der Anteil von Studenten in den Lehramtsstudiengängen ist in den letzten Jahren in Bayreuth zurückgegangen, 1978/79 betrug er noch rd. 50 %, im Wintersemester 1981/82 belief er sich auf nur noch 28 %. Die Studentenzahlen in den Fächer-

gruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit jeweils rd. 1.000 Studenten (Wintersemester 1981/82) zeigen, daß der Aufbau dieser Fachrichtungen vergleichsweise weit fortgeschritten ist. Von den 1.000 Studenten in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften studierten 360 mit dem Ziel eines Lehramtsabschlusses.

Die Sprach- und Kulturwissenschaften befinden sich hingegen erst am Beginn ihres Aufbaues. Im Wintersemester 1981/82 waren in den Studiengängen dieser Fächergruppe nur 287 Studenten immatrikuliert, davon studierten 153 mit dem Ziel eines Lehramtsabschlusses.

Die Belegungsquote, definiert als Verhältnis von Studentenzahlen zu flächenbezogenen Studienplätzen, betrug für die Universität Bayreuth im Wintersemester 1981/82 72 %. Nur in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften wurde eine Belegungsquote von rd. 100 % erreicht. Die übliche Definition der Belegungsquote wird aber der spezifischen Situation einer im Aufbau befindlichen Neugründung nicht gerecht. Es ist vielmehr sinnvoller, von Studienanfängerzahlen auszugehen und diese Zahl mit einer mittleren Verweildauer hochzurechnen. Die Studienanfängerzahl des Jahres 1981 betrug 708. Mit einer mittleren Verweilzeit von 5,75 Jahren hochgerechnet ergibt sich ein Studentenbestand von rd. 4.000 Studenten. Unter Anwendung dieses Bestandes errechnet sich eine Belegungsquote von rd. 110 % (bezogen auf Flächenbestand nach Fertigstellung der laufenden Vorhaben).

Beim Aufbau hat die Universität sich bemüht, Forschungsschwerpunkte einzurichten und diese durch die Berufung der Professoren zu fördern. Zur Zeit bestehen in Bayreuth vier Forschungsschwerpunkte:

- Experimentelle Ökologie einschließlich Ökosystemforschung,
- Makromolekulare Chemie,
- Musiktheaterforschung und
- Afrikanologie.

Die Arbeiten des schwerpunktmäßig von den Lehrstühlen für Pflanzenökologie und Tierökologie getragenen Schwerpunktes Experimentelle Ökologie mündeten 1980 in die Einrichtung des Sonderforschungsbereichs "Gesetzmäßigkeiten und Steuerungsmechanismen des Stoffumsatzes in ökologischen Systemen". An diesem Sonderforschungsbereich sind Wissenschaftler aus der Biologie und den Geowissenschaften beteiligt.

III.2. Zur weiteren Entwicklung in den Geisteswissenschaften

a) Bestehendes Lehrangebot

In den Geisteswissenschaften besteht zur Zeit folgendes Lehrangebot:

Lehrämter

Einsatzbereiche Fächer	EGS	Didaktik der Grundschule	Didaktik einer Fächergruppe der Hauptschule	Nicht vertieftes Fach			Vertieftes Fach
				GS	HS	RS	
Allgemeine Pädagogik	x						
Schulpädagogik	x						
Grundschulpädagogik		x					
Philosophie	x						
Psychologie	x						
Polit. Wissensch.	x						
Soziologie	x						
Landes- u. Volkkunde	x						
Evang. Theologie	x	x	x	x	x	x	
Kath. Theologie	x	x	x				
Musik		x	x	x	x	x	
Kunsterziehung		x	x				
Didaktik der Sozialkunde		x	x				
Didaktik der Geschichte		x	x				
Sport		x	x	x	x	x	x
Deutsch		x	x	x	x		

EGS= Erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium, GS= Grundschule, HS= Hauptschule, RS= Realschule.

### Magisterstudiengänge

Hauptfächer für den Studiengang zum Magister Artium sind zur Zeit: Germanistik, Afrikanistik, Anglistik, Romanistik, Philosophie, Pädagogik, Ethnologie, Katholische Theologie und Evangelische Theologie sowie Sportwissenschaft.

### Aufbau- und Kontaktstudiengänge

Eingerichtet sind der zweisemestrige Aufbaustudiengang Sportrecht und Sportverwaltung sowie ein viersemestriger Aufbaustudiengang in Afrikanologie. Außerdem besteht ein zweisemestriger Kontaktstudiengang Afrikanologie.

b) Vorstellungen der Hochschule zum Ausbau der Geisteswissenschaften:

Der bayerische Hochschulgesamtplan hat 1977 das Ausbauziel für die Geisteswissenschaften in Bayreuth auf 1.100 Studienplätze festgelegt. Davon entfallen 650 Studienplätze auf Studiengänge außerhalb des Lehramts. Dieses Ausbauziel ist im Zuge der Fortschreibung des Hochschulgesamtplans unverändert geblieben. Der gegenwärtige Flächenbestand in den Geisteswissenschaften entspricht rd. 800 flächenbezogenen Studienplätzen, die sich teilweise in angemieteten Gebäuden befinden.

Im Zuge des Aufbaus dieser Neugründung sind die Naturwissenschaften sowohl in der Personalausstattung als auch in der Bautätigkeit vorangestellt worden. Den Naturwissenschaften folgten die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Daneben sind die aus der ehemaligen Pädagogischen Hochschule übernommenen Lehramtsstudiengänge fortgeführt worden. Der Aufbau der übrigen Geisteswissenschaften ist dagegen beim

Aufbau zeitlich zurückgestellt worden. Erst in den letzten Jahren hat die Universität mit der Afrikanologie und der Musiktheaterforschung zwei Schwerpunkte in den Geisteswissenschaften eingerichtet.

Die Universität strebt für die nächsten Jahre eine Erweiterung von Personalbestand und Studiengangsangebot in den Geisteswissenschaften an. Entgegen früheren Plänen hat die Universität ihre Bemühungen aber zurückgestellt, in den Geisteswissenschaften auch Studiengänge für das Lehramt an Gymnasien anzubieten. Vielmehr plant die Universität, in den Geisteswissenschaften das Angebot an Magisterstudiengängen auszuweiten und eine Reihe von Diplomstudiengängen (Psychologie, Kulturosoziologie, Entwicklungswissenschaften, Pädagogik, Politologie, Theologie) neu einzurichten.

Diese Ausbauvorstellungen der Hochschule in den Geisteswissenschaften führen zu einem zusätzlichen Stellenbedarf für Professoren von 37 C-Stellen. Zur Zeit sind in den Geisteswissenschaften 36 C-Stellen vorhanden, davon sind fünf Lehrstühle noch nicht ausgerichtet. Diese Stellen sind daher auch noch unbesetzt.

c) Vorstellungen des Landes zum Ausbau der Geisteswissenschaften

Das Land beabsichtigt, den Ausbau der Geisteswissenschaften auf die im Hochschulgesamtplan vorgesehene Zielzahl von 1.100 Studienplätzen durchzuführen. Es unterstützt die von der Hochschule bereits eingerichteten Schwerpunkte Afrikanologie und Musiktheaterforschung ebenso wie die religiöse Sozialisationsforschung in der Evangelischen Theologie und die Entwicklungshilfe im Sport. Hinzu kommt der in letzter Zeit eingerichtete Schwerpunkt Kulturosoziologie. Das Land

wird diese Schwerpunkte auch weiterhin fördern. Eine Erweiterung der Lehramtsstudiengänge lehnt das Land dagegen ebenso ab, wie den Aufbau weiterer Diplom-Studiengänge in den Geisteswissenschaften.

d) Stellungnahme des Wissenschaftsrates

Der Wissenschaftsrat hat den Aufbau der Universität Bayreuth mit dem Schwerpunkt in den Naturwissenschaften unterstützt. Die Hochschule sollte weiterhin durch diesen Schwerpunkt geprägt bleiben. Die in den Geisteswissenschaften bisher eingerichteten Forschungsschwerpunkte Afrikanologie und Musiktheaterforschung werden ebenso wie die Bemühungen um einen Schwerpunkt Entwicklungshilfe im Sport unterstützt. Die Hochschule sollte in ihrer weiteren Forschungs- und Personalplanung in erster Linie auf eine Stützung dieser Schwerpunkte hinwirken.

In den von der Hochschule vorgelegten Plänen für die weitere Entwicklung der Geisteswissenschaften sind gewisse Tendenzen einer Abkehr von dem bisherigen Konzept der Bildung ausgewählter Forschungs- und Lehrschwerpunkte erkennbar. Der Aufbau mehrerer Diplomstudiengänge z.B. für Psychologie, Pädagogik oder Politologie würde das Fächerangebot wesentlich erweitern und so auf eine schrittweise Realisierung eines recht breiten Fächerspektrums hinauslaufen. Derartige Vorstellungen eines möglichst vollständigen Fächerspektrums sind in den 60er Jahren z.B. bei der Gründung der Universität Regensburg verfolgt worden. Die absehbaren finanziellen Grenzen für die Hochschulen lassen einen derartigen Ausbau der Neugründungen der 70er Jahre aber nicht mehr zu. Notwendig ist eine Konzentration des Einsatzes von Personal und Investitionsmitteln. Für Bayreuth heißt dies, daß die



Investitionsmittel und der noch mögliche Zuwachs an Personalstellen vorrangig in den vorhandenen Fachgebieten und Schwerpunkten eingesetzt werden sollten. Der Aufbau neuer Diplomstudiengänge in den Geisteswissenschaften würde diesem Ziel widersprechen, zumal gerade in den Geisteswissenschaften Diplomstudiengänge eine breite Basis verschiedener Disziplinen erfordern.

Auch aus dem Gesichtspunkt des möglichen Studentenaufkommens für die Universität begegnet die Ausweitung der Geisteswissenschaften in Bayreuth Bedenken. Das Einzugsgebiet dieser Hochschule wird durch die regionale Randlage im Norden und Osten begrenzt und stößt im Süden auf das traditionelle Einzugsgebiet der Universität Erlangen/Nürnberg. Da die oberfränkische Region nur dünn besiedelt ist, sind dem Studentenaufkommen von Bayreuth Grenzen gesetzt. Bei dem begrenzten Potential an Studienanfänger in der Region ist zu befürchten, daß ein größeres Angebot an Studiengängen zu einer teilweisen Umverteilung der Studenten in die neuen Studiengänge führt. Dies würde die Auslastung der bereits eingerichteten Studiengänge berühren.

Auch der Gesichtspunkt der überregionalen Abstimmung der Ausbaupläne läßt einen größeren Ausbau der Geisteswissenschaften in Bayreuth als bedenklich erscheinen. Die Universität Bamberg ist bewußt auf die Geisteswissenschaften beschränkt worden. Dies wird auch so bleiben. Dort sind z.B. Studiengänge für Soziologie, Politologie und Psychologie eingerichtet. Ein Aufbau der gleichen Studiengänge in Bayreuth würde die Entwicklungsmöglichkeiten der Universität Bamberg einschränken.

### III.3. Übersicht über die noch nicht begonnenen Bauvorhaben

- a) Nr. 5114, Ökologisch-botanische Lehr- und Forschungsstation (2.BA). Empfohlen sind Bauabschnitte in Höhe von 14,1 Millionen DM (Kategorie I). Die Bauabschnitte befinden sich in der Landesliste sofort zu realisierender Vorhaben. Weitere Maßnahmen für 14,3 Millionen DM sind in Kategorie II.
- b) Nr. 2012, Zentralbibliothek (24 Mio DM). Das Gebäude ist in Kategorie I empfohlen und befindet sich in der Landesliste sofort zu realisierender Vorhaben.
- c) Nr. 4115, Fakultätsgebäude Geisteswissenschaften II (22 Mio DM). Das Vorhaben hat einen P-Vorbehalt.
- d) Nr. 2110, Sportzentrum (22 Mio DM). Das Vorhaben hat einen P-Vorbehalt.
- e) Nr. 2009, Neubau für Verwaltung und studentische Angelegenheiten. Das Vorhaben für 24 Millionen DM befindet sich in Kategorie III.
- f) Nr. 3116, Schloß Thurnau, Umbauten für die Universität. Das Vorhaben für 10,2 Millionen DM befindet sich in Kategorie III.

### III.4. Stellungnahme zu den noch nicht begonnenen Bauvorhaben

- a) Ökologisch-botanische Lehr- und Forschungsanstalten

Im Rahmen der Ökologisch-botanischen Lehr- und Forschungsanstalten wurde als erster Bauabschnitt ein Gewächshauskom-

plex fertiggestellt, der seit 1978 von der Universität genutzt wird. Ein zweiter Bauabschnitt von 3,2 Millionen DM für ein Labor- und Betriebsgebäude wurde in das Dringlichkeitsprogramm aufgenommen. In den 11./12. Rahmenplan wurden 10 Millionen DM für zwei große Gewächshäuser einschließlich der technischen Versorgung sowie für einen kleineren Teil der Außenanlagen aufgenommen.<sup>1)</sup> Die verbleibenden Teile der Gesamtmaßnahmen mit Kosten von 13,1 Millionen DM wurden in Kategorie II eingestuft. Hierbei geht es um die restlichen Gewächs- und Anzuchthäuser sowie um die weiteren Außenanlagen des Botanischen Gartens.

Über die Aufnahme der noch ausstehenden Abschnitte des Vorhabens in den Rahmenplan wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein. Es wird darauf verwiesen, daß Maßnahmen, die auf einen "klassischen Botanischen Garten" hinauslaufen, keine Priorität beanspruchen können.

b) Universitätsbibliothek (Zentralgebäude)

Zur Zeit ist die Zentralbibliothek noch außerhalb des Universitätsgeländes auf angemieteten Flächen untergebracht. Vorgesehen ist ein Neubau für 5.809 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche (24 Mio DM Kosten). Das Vorhaben ist mit Kategorie I in den 11./12. Rahmenplan aufgenommen worden und soll bald realisiert werden.

c) Fakultätsgebäude Geisteswissenschaften II

Ursprünglich war ein Gebäude mit 5.097 m<sup>2</sup> HNF (entspricht 1.100 flächenbezogenen Studienplätzen) für die beiden Fakultäten Sprach- und Literaturwissenschaften sowie Kulturwissenschaften geplant. Nach Fertigstellung des Neubaus sollte die

---

1) Datenstand Nachempfehlung zum 11./12. Rahmenplan.

ehemalige Pädagogische Hochschule mit rd. 3.000 m<sup>2</sup> kapazitätswirksamer HNF<sup>1)</sup> der Landesbildstelle Nordbayern zur Verfügung gestellt werden. Außerdem könnten dann 600 m<sup>2</sup> HNF angemieteter Räume im Stadttinnern aufgegeben werden.

Die Verlagerung von Fachbereichen aus intakten und funktionsfähigen Räumen in Neubauten kann nach Auffassung des Wissenschaftsrates nicht die Dringlichkeit eines Bauvorhabens begründen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher, die Räume der ehemaligen Pädagogischen Hochschule auch weiterhin durch die Universität zu nutzen und auf den hierfür geplanten Neubau vorerst zu verzichten. Abweichend ist der Raumbedarf für die bisher in angemieteten Räumen unzulänglich untergebrachten Sprach- und Literaturwissenschaften zu beurteilen. Im Zuge des weiteren Ausbaus der Afrikanologie wird der Raumbedarf zunehmen. Da weitere Anmietungen, abgesehen davon, daß es Schwierigkeiten bereitet, geeignete Mieträume zu finden, zu einer zunehmenden Verstreuung der geisteswissenschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtungen führen würden, erscheint ein auf den Raumbedarf der Kulturwissenschaften begrenzter Neubau auf dem Universitätsgelände sinnvoll. Das Land geht hierbei von einem Raumbedarf von rd. 1.800 m<sup>2</sup> HNF mit Kosten von rd. 9 Millionen DM aus. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, aus der ursprünglichen Anmeldung einen Teilbetrag in Höhe von 9 Millionen DM in den Rahmenplan aufzunehmen (Kategorie I). Das Bauvorhaben ist auf den Raumbedarf für die Sprach- und Literaturwissenschaften

---

1) Die ehemalige PH hat einen Raumbestand von 6.872 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche.

Hiervon entfallen auf

Seminarräume und Dienstzimmer	3.023 m <sup>2</sup>
Hörsäle und Bibliotheken	729 m <sup>2</sup>
Räume für Musik und Sport	1.236 m <sup>2</sup>
Mensa und Eingangshalle	1.884 m <sup>2</sup>

Von diesen Flächen sind rd. 3.000 m<sup>2</sup> kapazitätswirksam.

(insbesondere Afrikanologie) zu beschränken. Die übrigen Teile dieser Anmeldung sollten nicht in den Rahmenplan aufgenommen werden (Kategorie III).

d) Sportzentrum

Angemeldet war ein Vorhaben mit 22 Millionen DM Bau- und Ersteinrichtungskosten. Das Raumprogramm für das Sportzentrum weist für den Gesamtkomplex (Lehrstuhltrakt, Turnhallen und Freisportflächen) eine Gesamtfläche von 42.000 m<sup>2</sup> HNF aus, davon entfallen auf die Gebäude 3.500 m<sup>2</sup>. Es ist vorgesehen, neben einer Dreifachsporthalle eine Turnhalle, einen Gymnastikraum und einen Kraftraum zu errichten. Als Freiflächen sind drei Rasensportfelder, eine 400 m-Laufbahn sowie weitere Nebenflächen und Tennisplätze vorgesehen.

Aus Kostengründen wird bei diesen Planungen auf eine wett-kampfmäßige Ausstattung mit Tribünenplätzen verzichtet. Aus diesem Grund hat die Stadt Bayreuth von einer früher erwo-genen Beteiligung an den Investitionskosten abgesehen.

An der Universität Bayreuth ist seit 1975/76 das Fach Sport auch als Vertiefungsfach in den Studiengängen für das Lehr- amt an Grund- und Hauptschulen, an Realschulen sowie an Gymnasien eingerichtet. Insgesamt sind für das Fach Sport (Lehramtabschlüsse) 100 Studienplätze vorgesehen. In Zusam- menarbeit zwischen der Sportwissenschaft und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde zum Winter- semester 1981/82 der zweisemestrige Aufbaustudiengang "Sportrecht und Sportverwaltung" eingeführt. Außerdem be- stehen in Bayreuth Planungen für ein Angebot von Studien-

gängen zur Weiterbildung von Sportlehrern und Trainern aus Entwicklungsländern.

Derzeit verfügt die Universität Bayreuth für den Sport über zwei Lehrstühle (C4-Stellen), eine Professorenstelle der Besoldungsgruppe C3, zehn Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie 2,5 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal. Mittelfristig sollen sieben weitere Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie fünf zusätzliche Stellen für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter eingerichtet werden.

Seit Einführung der Lehramtsstudiengänge Sport für die Lehrämter an Gymnasien, Realschulen, Haupt- und Grundschulen erfolgt die sportpraktische Ausbildung der Studenten in vertraglicher Kooperation mit der Stadt Bayreuth und Bayreuther Sportvereinen. Diese für die Übergangszeit bis zur Errichtung der geplanten eigenen Sportstätten getroffenen Regelungen stoßen mit wachsenden Studentenzahlen und Einrichtung des Aufbaustudiengangs "Sportrecht und Sportverwaltung" auf ihre Grenzen, da sowohl die Stadt als auch die Sportvereine wachsenden Eigenbedarf geltend machen. Die Realisierung des Sportzentrums ist daher zur gesicherten Bereitstellung der für den Sport ausgewiesenen Studienplatzzahlen unbedingt erforderlich.

Das Land hat nach dem Besuch des Ausbuausschusses in Bayreuth die Möglichkeiten der Realisierung des Vorhabens in Bauabschnitten geprüft und schlägt vor, einen zweiten Bauabschnitt mit Anlagenteilen für 4,5 Millionen DM vorerst zurückzustellen. Dabei handelt es sich um eine Gymnastik-

halle, eine Turnhalle sowie um einen Mehrzweckraum. Ferner sollen ein Rasenspielfeld und die Tennisplätze zurückgestellt werden. Außerdem hat sich bei der Überprüfung der Kosten des ersten Bauabschnitts, der neben den Institutsteilen insbesondere die Dreifachsporthalle und die Freisportanlagen umfaßt, ergeben, daß dieser für 13,3 Millionen DM (Preisstand 1982) errichtet werden kann.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, diesen ersten Bauabschnitt für 13,3 Millionen DM zur Aufnahme in den 11./12. Rahmenplan (Kategorie I). Die 13,3 Millionen DM werden als Kostenobergrenze angesehen. Der Wissenschaftsrat wird nur Kostenerhöhungen im Rahmen der Fortschreibung der Kostenrichtwerte akzeptieren. Eine Ausweitung des Bauprogramms kann derzeit nicht empfohlen werden. Der 2. Bauabschnitt des Sportzentrums sollte nicht in den Rahmenplan aufgenommen werden (Kategorie III).

e) Neubau für Verwaltung und studentische Angelegenheiten

Die Verwaltung ist zur Zeit in Mietobjekten im Stadtzentrum außerhalb des Universitätsgeländes (Steno-Haus) untergebracht. Nach dem Bauprogramm sind für den Neubau 3.500 m<sup>2</sup> HNF vorgesehen, davon entfällt auf die zentrale Universitätsverwaltung einschließlich Zentrale Studienberatung und Akademisches Auslandsamt eine Teilfläche von 2.184 m<sup>2</sup> HNF. Die übrigen Flächen sind für das Studentenwerk Oberfranken, das auch die Fachhochschule Coburg betreut, vorgesehen.

Der Wissenschaftsrat akzeptiert dem Grund nach den Bedarf für ein Verwaltungsgebäude auf dem Universitätsgelände. Es stellt sich allerdings die Frage nach der Größenordnung und der zeitlichen Dringlichkeit. Der Wissenschaftsrat geht davon aus, daß über dieses Vorhaben dann zu entscheiden sein

wird, wenn die bisher empfohlenen Vorhaben in Bau sind. Er geht davon aus, daß das Raumprogramm auf den tatsächlichen Personalbestand in Verwaltung und Studentenwerk abgestellt wird. Die Möglichkeit einer Unterteilung in Bauabschnitte sollte geprüft werden.

#### IV. Katholische Universität Eichstätt

##### IV.1. Zur bisherigen Entwicklung

Durch Zusammenfassung der 1924 gegründeten Philosophisch-theologischen Hochschule, die ihrerseits auf Vorgängereinrichtungen zurückblicken kann, und der 1958 gegründeten kirchlichen Pädagogischen Hochschule entstand 1972 die kirchliche Gesamthochschule Eichstätt. Ihr Träger ist eine 1972 von den katholischen Bistümern Bayerns errichtete kirchliche Stiftung öffentlichen Rechts. Die Hochschule wurde 1980 in Katholische Universität umbenannt.

Nach dem Konkordat zwischen dem Freistaat Bayern und dem Heiligen Stuhl gewährleistet der Freistaat Bayern die Errichtung und den Betrieb einer kirchlichen Hochschule mit Studiengängen in katholischer Theologie, Lehramtsstudiengängen mit dem Schwerpunkt in den Geisteswissenschaften sowie Fachhochschulstudiengängen in der Religionspädagogik und kirchlichen Bildungsarbeit sowie Sozialwesen. Aufgrund des Konkordats ersetzt der Freistaat Bayern dem Träger der Hochschule 90 % des für diese Studiengänge erforderlichen Aufwands einschließlich der notwendigen Investitionen. Hingegen hat die katholische Kirche den Aufwand für diejenigen Studiengänge, die über das vorgenannte Studienangebot hinweg eingerichtet werden, allein zu tragen.



Die Katholische Universität Eichstätt gliedert sich in die Fachbereiche:

- Katholisch-Theologische Fakultät
- Philosophisch-Pädagogische Fakultät
- Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät
- Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät
- Mathematisch-Geographische Fakultät
- Fachbereich Religionspädagogik/Kirchliche Bildungsarbeit (Fachhochschulstudiengang)
- Fachbereich Sozialwesen (Fachhochschulstudiengang).

Sämtliche genannten Fachbereiche sind bereits eingerichtet und haben ihren Studienbetrieb aufgenommen. Die Mathematisch-Geographische Fakultät befindet sich noch im Aufbau.

Die Katholische Universität bietet folgende Studiengänge an:

- Studiengänge mit Ziel des Lehramts an Grundschulen, an Hauptschulen, an Realschulen und an Gymnasien in geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern sowie in Mathematik und Geographie;
- Studiengänge mit dem Ziel des Lehramts an Grundschulen, an Hauptschulen und an Realschulen in Kunsterziehung und in Musik;
- Erweiterungsstudien für die Lehramtsstudiengänge mit den Schwerpunkten Beratungslehrer und Schulpsychologie;
- Studiengänge mit dem Ziel des Synodalexamens beziehungsweise des Diploms in den Fächern Katholische Theologie und Pädagogik;

- Magisterstudiengänge in der Philosophisch-Pädagogischen, in der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen sowie in der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät;
- Fachhochschulstudiengänge für Religionspädagogik und kirchliche Bildungsarbeit sowie für Sozialpädagogik.

Für die Universität Eichstätt sind 3.000 Studienplätze als Ausbauziel vorgesehen, davon 2.800 in Eichstätt und 200 in München. Zur Zeit stehen nur knapp 1.600 flächenbezogene Studienplätze zur Verfügung. Zu einem erheblichen Anteil befinden sich diese Flächen in angemieteten und nur übergangsweise für Zwecke der Hochschule hergerichteten Räumen. Die Hochschule kann als eigenes Gebäude im wesentlichen nur auf die Räume der ehemaligen Pädagogischen Hochschule zurückgreifen.

Im Wintersemester 1981/82 studierten in Eichstätt 1.831 Studenten. Die Studienanfängerzahlen (erstes Hochschulsemester) betragen im Wintersemester 1981/82 449 Studenten, in den Vorjahren 390, 398 und 353 (Wintersemester 1978/79). Von den insgesamt 1.831 Studenten waren 703 in den Fachhochschulstudiengängen in Eichstätt und München eingeschrieben, weitere 506 in den Lehramtsstudiengängen. Der Anteil der Lehramtsstudenten an der Studentenzahl beträgt 27,6 %. Bleiben aber die Studenten in den Fachhochschulstudiengängen in dieser Berechnung unberücksichtigt, so erhöht sich der Anteil der Studenten in Lehramtsstudiengängen auf 45 %.

Die Gegenüberstellung von Flächen, Ausstattung und Studentenbeständen ergibt eine Belegungsquote von 116 %. Geht man von hochgerechneten Studienanfängerzahlen aus,

wie dies für eine im Aufbau befindliche Universität angemessen ist, so beträgt die Belegungsquote 133 % (Hochrechnung unter Anwendung einer Studienzeit von 3,5 Jahren bei den Fachhochschulstudenten und 5,75 Jahren bei den Studenten in den übrigen Studiengängen).

Die Universität Eichstätt verfügt über einen Bestand von 377 Stellen, davon 186 Stellen für wissenschaftliches Personal und 191 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal. Im Endausbau sind für Eichstätt insgesamt 480 Personalstellen vorgesehen.

Die zur Zeit in Eichstätt laufenden sowie die in Kategorie I in den Rahmenplan aufgenommenen Vorhaben (Umbau für die Verwaltung, Neubau einer Mensa, Erschließung für die Bibliothek) haben keinen Einfluß auf den Bestand an flächenbezogenen Studienplätzen.

#### IV.2. Zur weiteren Entwicklung

Zentrales Bauvorhaben für die Universität ist das Projekt "Universitätsallee" mit Flächen für die Zentral- und Fachbereichsbibliothek sowie für die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät und die Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät. Von der geplanten Gesamtfläche von 6.046 m<sup>2</sup> HNF entfallen auf die Zentralbibliothek 2.696 m<sup>2</sup> und auf die Fachbereichsbibliothek 1.757 m<sup>2</sup>. 1.593 m<sup>2</sup> HNF sind für die Fächer Geschichte, Gesellschaftswissenschaften, Sprach- und Literaturwissenschaften vorgesehen. Die insgesamt 64 Wissenschaftler und deren Mitarbeiter, die in diesem Neubau untergebracht werden sollen, arbeiten bisher in angemieteten Gebäuden.

Die Erschließungsmaßnahmen für dieses Vorhaben sind in den 11./12. Rahmenplan aufgenommen worden (Kategorie I).

#### IV.3. Stellungnahme des Wissenschaftsrates

Der Wissenschaftsrat unterstützt das Vorhaben "Universitätsallee". Die Hochschule wird mit diesem Neubau eine wesentliche Erweiterung ihres Flächenbestandes erfahren. Das Vorhaben sichert die Arbeitsfähigkeit der Neugründung auf Jahre. Die Neugründung wird mit dem Neubau lebensfähig und erhält die räumlichen Voraussetzungen für die Absicherung der bestehenden Forschungs- und Lehrgebiete sowie die noch geplanten Erweiterungen des Fächerangebots. Eine abschnittsweise Realisierung des Vorhabens ist geprüft worden. Sie wird als nachteilig angesehen und kann daher nicht empfohlen werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, das Vorhaben "Universitätsallee" in den 11./12. Rahmenplan aufzunehmen (Kategorie I).

Der Wissenschaftsrat verbindet diese Empfehlung allerdings mit dem Hinweis an den Hochschulträger und die Hochschule, daß die in Eichstätt geplanten weiteren Neubauten im Vergleich zu vielen an anderen Hochschulen zurückgestellten Vorhaben keine Priorität beanspruchen können. Weitere Neubauten in Eichstätt müssen daher für Jahre zurückgestellt werden. Der Wissenschaftsrat erwartet, daß bei wachsendem Lehr- und Forschungsbetrieb der Raumbedarf auch künftig teilweise durch längerfristige Anmietungen gedeckt werden wird.